

VORWÄRTS

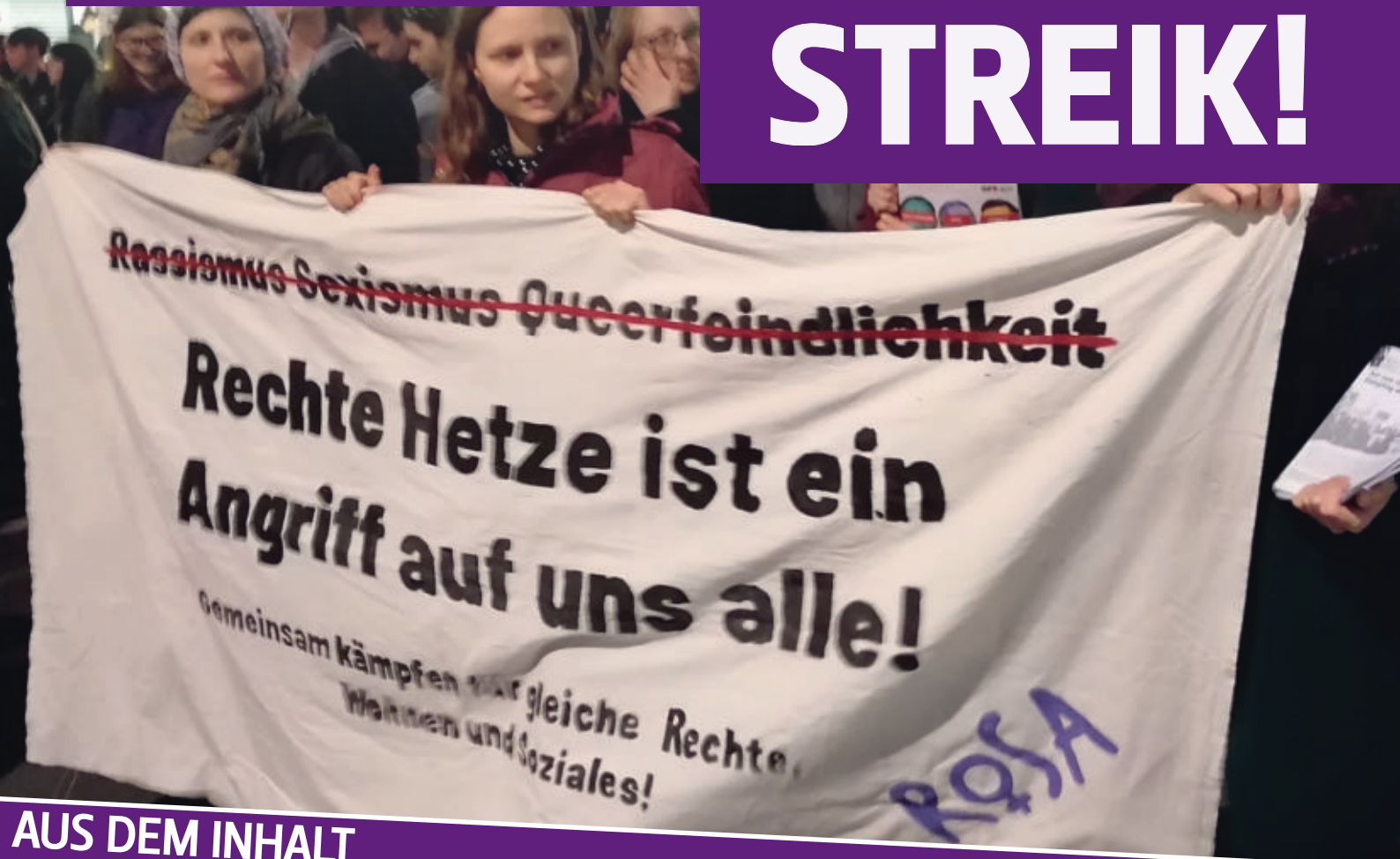
Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 320 | 03/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

FEMIZIDE, RECHTSRUCK, ARMUT:

FEMINISTISCHER STREIK!



AUS DEM INHALT

» Feministisch streiken – warum und wie? Ein Interview mit einer Organisatorin der **Betriebsversammlungen am 8. März**

Seite 7

» Wirtschaftskammer & Co hetzen gegen **Arbeitszeitverkürzung** – ein Grund mehr, offensiv dafür zu kämpfen

Seite 4

» Femizide sind die brutale Konsequenz von systemischem Sexismus, Sozialabbau und einer **Krise der Männlichkeit**, deren Grundlage die Krise des Kapitalismus ist

Seite 14

WER WIR SIND



- » Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.
- » Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.
- » Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.
- » Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen
- » Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.
- » Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.
- » Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.
- » Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.
- » Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA/ROSA-Sommercamp

Eine Woche voller Workshops und Diskussionen mit Sozialist*innen aus verschiedenen Ländern über aktuelle politische Fragen und Perspektiven – mit jeder Menge See und Sonnenschein!

**18.–25.8. | Turnersee/Zablaško jezero
Kärnten/Koroška**

**Programm unter: slp.at
Anmelden unter: slp@slp.at**

Von Verbrechen und Versprechen

von Sebastian Kugler

Der 23. Februar 2024 war ein Tag der Verbrechen. Er zeigte die zum Himmel schreienden Ungerechtigkeiten in diesem Land in drastischer Klarheit.

Land der legalen Verbrechen

Am 23. Februar kam die Verurteilung von Sebastian Kurz wegen Falschaussage – tatsächlich ist das Strafmaß jedoch lächerlich und Kurz wird wohl keinen Tag davon tatsächlich im Gefängnis verbringen. Davon abgesehen war seine Falschaussage eine Lappalie im Vergleich zu den Verbrechen, die Kurz ganz legal in Amt und Würden begangen hat: Zerschlagung der Krankenkassen, 12-Stundentag, rassistische Hetze, Kürzungen bei Familienbeihilfe und Mindestsicherung usw. Diese Verbrechen gelten jedoch nicht als “Straftaten”, sondern als “Politik” – und diese wird von ÖVP und Grünen weitergeführt, während bereits eine noch schlimmere Neuauflage von Schwarz-Blau droht. Ob die SIGNA-Machenschaften von Kurz’ Freund Benko als “Straftat” geahndet werden, ist ebenfalls fraglich – schließlich gelten im Kapitalismus Spekulation und Bereicherung durch Massenentlassungen nicht als Verbrechen, sondern als “Betriebswirtschaft” (S.5).

Land der Femizide

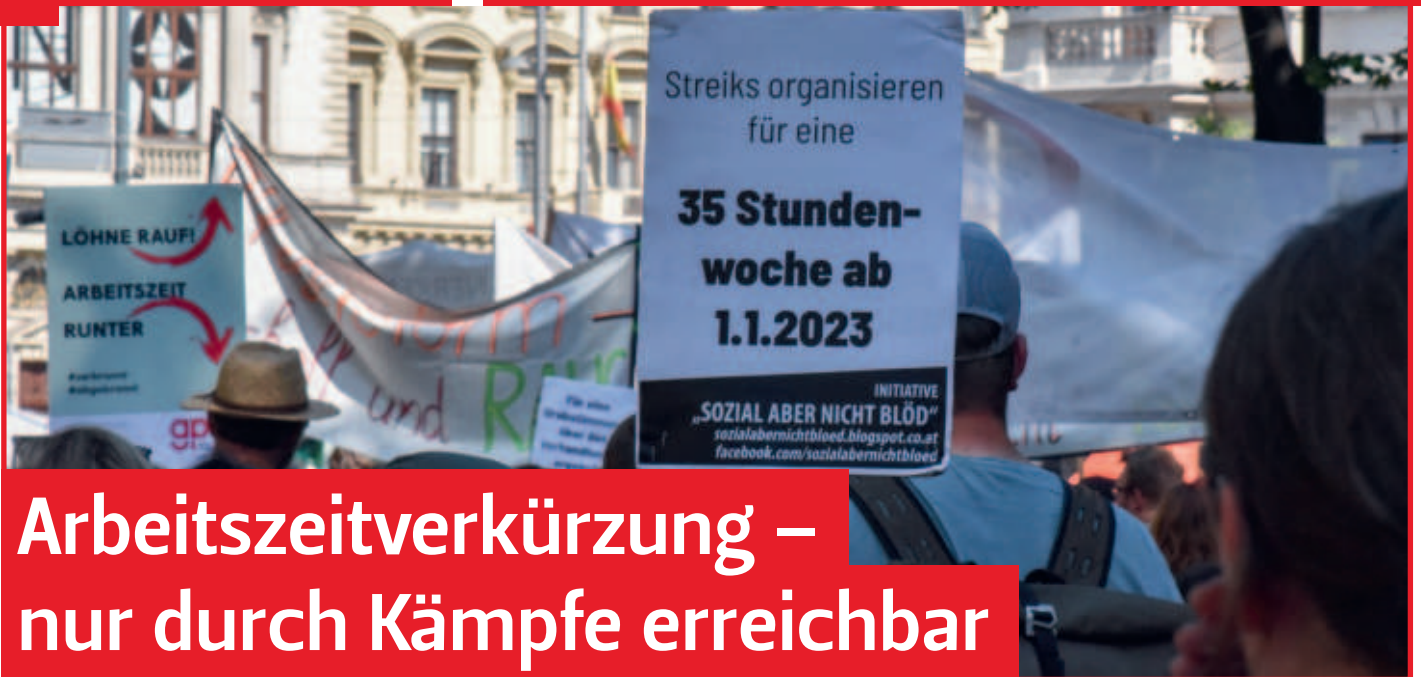
Am 23. Februar ereigneten sich in Wien aber auch 5 Femizide innerhalb weniger Stunden – so viele, wie die Stadt im gesamten Jahr 2023 sah. Diese unfassbaren Verbrechen zeigten das Ausmaß und die Hintergründe der Gewalt an Frauen auf: Der Dreifachmord in einem Brigittenuaer “Studio” geschah, wie es der Täter selbst sagte, aus Frauenhass – und dieser entlud sich nicht zufällig an migrantischen Sexarbeiter*innen, dem am meisten unterdrückten Teil der weiblichen Arbeiter*innenklasse. Die Sexindustrie entmenschlicht

Frauen systematisch, indem sie sie Männern als Waren präsentiert, die sie kaufen können wie im Supermarkt. Der Doppelmord in einer Simmeringer Wohnung wiederum zeigte auf, dass der gefährlichste Ort für Frauen immer noch das eigene Zuhause ist. Was von den Medien so oft als “Familiendrama” schöngeredet wird, ist nichts anderes als die Spitze der täglichen männlichen Partnergewalt. Diese Gewalt ist nichts “natürliches”. Sie ist das Produkt der patriarchalen kapitalistischen Gesellschaft, die Frauen zu Waren und zu Eigentum degradiert – ebenso wie sie Männern einredet, sie müssten dominant und “like a Boss” sein; und dann zusieht, wie Männer an diesen Ansprüchen scheitern und der Frust in Gewalt umschlägt (S.12). Diese “Krise der Männlichkeit” ist Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich auf politischer Ebene in einem Rechtsruck des gesamten Establishments ausdrückt (Schwerpunkt).

Land des Widerstands

Umso wichtiger ist es nun, Widerstand aufzubauen. ISA und ROSA organisierten gleich nach den Femiziden eine wütende Demonstration, zu der über 500 Menschen kamen. In bewegenden Reden berichteten Betroffene von eigenen Erfahrungen mit Gewalt und zeigten deren systemische Wurzeln auf. Auch Angehörige und Kolleg*innen der Ermordeten sprachen. Die Botschaft war klar: “Keine einzige weniger”. Dieser Kampfschrei ist ein Versprechen, das wir einlösen müssen: indem wir eine Bewegung gegen Femizide und ihre Ursachen aufbauen, nicht nur am 8. März (S.7), sondern jeden Tag.





Arbeitszeitverkürzung – nur durch Kämpfe erreichbar

von Anna Hiermann

Die letzte Verkürzung der Wochenarbeitszeit fand in Österreich 1975 statt. Außerdem wurde die Errungenschaft des 8-Stunden-Tages durch die Einführung des 12-Stunden-Tages unter der ÖVP-FPÖ Regierung 2018 bereits ausgehöhlt. Aufgrund des harten Berufsalltages vieler Menschen wird diese äußerst wichtige Debatte erneut aufgemacht und kontrovers geführt.

Panik der Herrschenden

Die Interessensvertretung der Unternehmer*innen, die Wirtschaftskammer, reagierte auf die Forderung der Arbeitszeitverkürzung von Seiten der SPÖ bzw. Andreas Bablers äußerst panisch und startet eine breite Propagandakampagne gegen die 32-Stunden-Woche. Unter dem Motto „Mehr arbeiten muss sich mehr auszahlen“ wird vor den angeblich verheerenden Folgen einer geringeren Wochenstundenanzahl gewarnt, beispielsweise vor einem enormen Wohlstandsverlust und einem noch weiter zugespitzten Arbeitskräftemangel im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich. Die Tatsache, dass gewisse Branchen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen gemieden werden, wird unter den Tisch gekehrt. Ideen, wie diese Bedingungen verbessert werden können, kommen keine. Stattdessen wird u.a. auf

die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland gesetzt. Natürlich nicht um den sog. „Arbeitskräftemangel“ zu beseitigen, sondern um Migrant*innen als Lohndrücker*innen zu missbrauchen.

Obwohl der Wahlkampf für die Parlamentswahlen bald starten wird, ist es um die Forderung der 32-Stunden-Woche relativ ruhig geworden. Dabei wäre das eine Möglichkeit für Andreas Babler, den unsozialen Charakter der FPÖ aufzudecken. Dieser Kampf wird aber aktuell von der SPÖ nicht geführt. Das liegt daran, dass Babler den offenen Konflikt mit Institutionen wie der Wirtschaftskammer meidet – und auch mit deren Freunden in der SPÖ. Dabei wäre eine offensive Kampagne für Arbeitszeitverkürzung eine Chance, die FPÖ bei den Wahlen zurückzudrängen: Es würde sie zwingen, ihre soziale Rhetorik abzulegen und sich als Unternehmerpartei zu enttarnen.

Arbeitskämpfe

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wird uns nicht einfach geschenkt werden.

Die Kampagne der WKO und die Einführung des 12-Stunden-Tages 2018, zeigen, dass die Unternehmen eine Erhöhung der momentanen Wochenarbeitszeit anstreben.

Die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer hingegen sind zu zögerlich in der Umsetzung einer Arbeitszeitverkürzung. Im SWÖ Vertrag beispielsweise ist die Normalarbeitszeit auf 37 Stunden pro Woche festgelegt. Diese geringfügige Verringerung bedeutet jedoch nicht, dass die Arbeitsbelastung geringer wird – im Gegenteil. In der Praxis führt dies zu einer Arbeitszeitverdichtung und somit zu einer noch höheren Arbeitsbelastung. Deshalb muss die Arbeitszeit in einem Zug verkürzt werden, anstatt schrittweise. Parallel dazu müssen zusätzliche Mitarbeiter*innen eingestellt werden, um eine Arbeitsverdichtung zu verhindern. Natürlich darf es auch keine Abstriche beim Lohn geben. Erkämpfen werden wir uns diese Forderungen jedoch nur mit flächendeckenden und branchenübergreifenden Streiks. Der Gegenwind seitens der Herrschenden wird nämlich groß sein.

Für die Gleichstellung der Geschlechter und eine gerechte Aufteilung der Care-Arbeit ist eine Verkürzung der Arbeitszeit unumgänglich. Zahlreiche Frauen arbeiten Teilzeit, oftmals aufgrund von Kindererziehung. Arbeiten beide Partner, z. B. 30 Stunden bei vollem

Lohnausgleich, sind Frauen nicht mehr von ihren Partnern finanziell abhängig. Außerdem wird es so für Familien insgesamt einfacher, sich ihren Kindern zu widmen.

Info

SIGNA: Benko & Co zur Kasse!

von Christian Steiner

SIGNA, oft gefeiert für spektakuläre Deals und hohe Gewinne, ist ein Firmengeflecht mit über tausend Beteiligungen an Immobilien aller Art, Warenhäusern, Online-Shops und Medienbeteiligungen. Am bekanntesten sind die Übernahme und Fusion der insolventen Galeria-Kaufhaus Gruppe mit Karstadt, die Übernahme von Kika-Leiner und die Beteiligung am Kurier und der Kronen Zeitung. Heute ist SIGNA ein Scherbenhaufen. Anfang Juni 2023 wurde Kika-Leiner für 3 € verkauft und meldete Ende Juni Insolvenz an. SIGNA schuldet bis heute 44 Mio. an Steuerstundungen und ist für den Verlust von fast 2.000 Arbeitsplätzen verantwortlich.

Bei Galeria Karstadt Kaufhof (GKK) sehen wir ein ähnliches Bild. Nach der Fusionierung 2019 waren dort ca. 34.000 Arbeiter*Innen beschäftigt, heute sind es nur noch 12.000. Innerhalb von 3 Jahren meldete GKK dreimal Insolvenz an, entging 2 Mrd. € offenen Forderungen von Gläubigern und strich über 600 Mio. € an Förderungen ein. Die Immobilien von GKK wurden nach der Übernahme an SIGNA verkauft und weit über Marktpreis an GKK zurück vermietet. So generierte SIGNA Cashflow, wertete auf dem Papier ihre Immobilien auf und konnte neue Schulden aufnehmen, die dann als Dividende ausgeschüttet wurden.

Gewinne privatisieren – Verluste verstaatlichen – so nicht!

Wo dieses Geld geblieben ist, sieht man an der bekanntesten Person hinter SIGNA, Rene Benko. Sein Vermögen wuchs zwischen 2019 und 2021 von 3,1 auf über 5,6 Mrd. \$ an, genaue Schätzungen sind schwierig, da vieles davon in Privatstiftungen steckt. Das System Benko, mit dem SIGNA vor allem nach 2008 rasant wuchs, beruhte auf rascher, riskanter Expansion mit fremdem Geld, was durch die Niedrigzinsphase nach der Wirtschaftskrise 2008 möglich war.

Kurz vor dem Insolvenzantrag wurden hunderte Millionen Euro im undurchsichtigen Firmengeflecht verschoben, zu Stiftungen, in die Benko direkt involviert ist. Während Benko sein Vermögen seit 2011 vervielfachte, haben Zehntausende Menschen in den letzten Jahren durch ihn und SIGNA ihre Arbeitsplätze verloren, und dafür ließ sich SIGNA hunderte Millionen vom Staat bezahlen. Das war unter anderem durch enge Verflechtungen mit Politiker*Innen wie Kurz und Gusenbauer möglich.

Lamarr-Hof statt Lamarr Kaufhaus!

Geblieben sind Schulden von bis zu 8,6 Mrd. € und immer mehr Insolvenzmeldungen von Gesellschaften der SIGNA Holding – wie der Lamarr Projektgesellschaft, welche ein Luxuskaufhaus mitten in der Wiener Innenstadt errichten wollte. Durch die Pleite ist der Bau gestoppt, und über die weitere Verwendung wird eifrig diskutiert – in der Politik und unter Investor*Innen. Angesichts eines massiven Notstandes an leistbaren Wohnungen fordern wir die Umwandlung in einen Gemeindebau – damit ist den Arbeiter*Innen mehr geholfen als mit einem Luxuskaufhaus, das niemand braucht!

Es darf nicht sein, dass Kapitalist*Innen sich auf Kosten von Arbeitnehmer*Innen bereichern und sich dann aus der Verantwortung ziehen, sobald sie sich verkalkulieren! Den Schaden haben die Arbeiter*Innen, die ihre Jobs verlieren und deren Gehälter noch teilweise ausständig sind, ebenso wie wir alle, da die Förderungen aus Steuergeldern stammen. Die Besitzer*Innen von SIGNA – Benko, Haselsteiner uvm. – besitzen genügend Kapital, um die Insolvenzen abzuwenden. Sie haben Geld aus den Unternehmen abgezweigt und so Firmen innerhalb der Gruppe ausgeblutet! Wir fordern eine Offenlegung der Bücher, um zu prüfen, wer profitiert hat und wer dafür mit seinem Privatvermögen haften soll, damit nicht die Arbeiter*Innen dafür aufkommen müssen! Doch dafür

braucht es einen Kampf, der von den Gewerkschaften getragen wird, denn SIGNA ist erst der Anfang einer Pleitewelle, die die kapitalistische Krise mit sich bringt und die vor allem auf die Arbeiter*Innen abgewälzt werden soll. Wir sagen “Nein!” zu Sozialplänen und leeren Versprechungen, und fordern Transparenz und Arbeiter*Innenkontrolle! Arbeiter*Innen wissen am besten, was ihre Unternehmen benötigen, daher sollten die Unternehmen vergesellschaftet werden und die Arbeiter*Innen diese kollektiv führen, um langfristig Arbeitsplätze zu garantieren!

Wir sagen:

- » **Haftung von Gesellschaftern mit ihrem Privatvermögen bei Firmeninsolvenzen!**
- » **100% Lohnfortzahlung aus den Kassen der Profiteure!**
- » **Arbeitsplatzgarantie für alle Arbeitnehmer*Innen!**
- » **Anhebung der Löhne der Angestellten, v.a. im Handel, statt Auszahlung von Dividenden!**
- » **Verstaatlichung aller noch vorhandener Sach- und Geldwerte insolventer Unternehmen inkl. konsequenter Verfolgung möglicher Steuerhinterziehung und sonstiger Wirtschaftskriminalität.**
- » **Übertragung in dauerhaft gesellschaftliches Eigentum sowie Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten.**
- » **Entwicklung eines Plans für Bedarf, Produktion und Verteilung inkl. Koordination mit anderen Sektoren der Wirtschaft, national und international, durch gewählte Komitees von Beschäftigten.**

IT-KV: „Warnstreiks nicht nur beschließen, sondern auch umsetzen!“

Interview mit Christina Schilcher, beschäftigt im 3rd Level Software Support

Du arbeitest in der IT. Welche Entwicklungen macht die Branche durch?

Die IT ist in einem andauernden Wandel und entwickelt sich ständig weiter – vor allem in Zeiten von AI, Cloud usw. Die IT-Branche lebt von Innovationen. Die Branche ist männerdominiert, der Frauenanteil ist gering, erhöht sich jedoch. Was allerdings oft mit einer „Feminisierung“ (= Erhöhung des Frauenanteils in einer Branche) einhergeht, ist ein Sinken des Durchschnittsgehalts.

Der IT-KV hat im Februar die Lohnverhandlungen abgeschlossen. Wie zufrieden bist du mit dem Ergebnis?

Ich und auch meine Kolleg*innen waren vom Abschluss sehr enttäuscht – so ein Ergebnis nach neun Verhandlungsrunden! Es wurde weit unter den ursprünglichen Forderungen abgeschlossen und nicht einmal die Inflation wird abgedeckt. Zwar wurde mit dem 2-Jahres-Abschluss für nächstes Jahr ein Abschluss über der Inflation garantiert, allerdings gleicht das auch (wenn überhaupt) nur die Reallohnverluste aus, die wir dieses Jahr einstecken müssen, und es gibt keine Luft nach oben. Außerdem muss die Erhöhung der IST-Gehälter weiterhin nicht an alle Mitarbeiter*innen weitergegeben werden – bis zu 10% der Beschäftigten eines Betriebes können von der IST-Erhöhung ausgenommen werden. Aber vor allem muss endlich über eine Arbeitszeitverringerung bei vollem Lohnausgleich gesprochen werden. Arbeit wird immer produktiver, Arbeitnehmer*innen sollen immer mehr in kürzerer Zeit leisten, aber die Unternehmen schlagen nur Profit daraus, ohne etwas an uns weiterzugeben.



Vor dem Abschluss hat es eine große Demo in Wien und Versammlungen mit Warnstreikbeschlüssen in vielen Betrieben gegeben. Denkst du, haben diese Schritte geholfen?

Die Demonstration und die Warnstreikbeschlüsse haben definitiv die Kampfbereitschaft der Belegschaft in der IT gezeigt und auch in meinem Umfeld viele zuvor weniger kampfbereite Kolleg*innen motiviert. Allerdings waren diese Schritte nicht genug, um den Abschluss zu verbessern, Warnstreikbeschlüsse allein bringen uns nichts – man muss diese auch umsetzen und nutzen, um die eigenen Forderungen durchzusetzen. In vielen Betrieben gibt es keinen Betriebsrat und von der Gewerkschaft wird man über die Maßnahmen im Dunkeln gelassen. Auch hat die Gewerkschaft in den Verhandlungen zu früh unter den sturen Arbeitgeber*innen nachgegeben.

Es hat auch schon letztes Jahr Demos des IT-KVs in Wien und Linz gegeben. Woher kommt die Kampfbereitschaft?

Die multiplen Krisen des Kapitalismus, Krieg, Inflation, Reallohnverluste, aber auch die Erhöhung des Frauenanteils in der Branche steigern die Kampfbereitschaft. Die IT wirft nach wie vor enorme Gewinne ab. Konzerne reden trotzdem von „Fachkräftemangel“, aber schließen unter der Inflation ab. Das sorgt nicht nur für Wut, sondern Arbeitnehmer*innen wird verstärkt bewusst, wer die ökonomische Macht hat. Vor allem Frauen und queere Personen sind durch die Rolle, die ihnen von der Gesellschaft auferlegt wird, oft kampfbereiter.

Wie war die Stimmung in deinem Betrieb?

Ich habe mich in meinem Betrieb mit einigen Kolleg*innen über die eventuell kommenden Warnstreiks unterhalten. Vor allem unter den weiblichen Kolleginnen war die Stimmung kämpferisch. Wir haben uns oft über die aktuellen Entwicklungen ausgetauscht, gemeinsam viel über das Thema Streiks gelernt und einige Kolleg*innen mobilisieren können, bei einem etwaigen Warnstreik mitzumachen!

8. März: Protest zum Streik machen!

Interview mit Irene Mötzl,
Betriebsrätin der Basisinitiative
"be-wsw" beim Wohnservice Wien
sowie ISA- und ROSA-Aktivistin

Ihr habt heuer am 8. März in Wien gemeinsam mit mehreren Betriebsrät*innen und Gruppen zu Betriebsversammlungen aufgerufen – was ist genau geplant und was sind die Forderungen?

Konkret geplant ist eine Kundgebung: einige der beteiligten Betriebsratsgremien – wie von "Bildung im Mittelpunkt" (Freizeitpädagogik), Diakonie Flüchtlingsdienst, GIN (Behindertenbereich), FSW Obdach, 9er Haus, die Sucht- und Drogenkoordination und andere – halten gleichzeitig vor Ort eine Betriebsversammlung im öffentlichen Raum mit ihren Kolleg*innen ab. Mittelfristiges Ziel ist es, den 8. März als Kampftag für feministische Forderungen auch wieder in die Betriebe zu bringen – wo er seinen Ursprung hat und wo auch sehr viel Kampfkraft liegt. Die zentralen Forderungen sind eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich und eine Anhebung der Löhne im Care-Bereich. Damit hängen Fragen von gleicher Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Unabhängigkeit bzw. einem Leben frei von Partnergewalt eng zusammen. Zudem trifft es Frauen doppelt und dreifach, wenn der Care-Sektor kaputtgespart wird: als Beschäftigte durch schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen; als Angehörige, die Pflege, Betreuung und Bildung übernehmen müssen, weil es das System nicht mehr schafft; und als Betroffene selbst, wenn sie durch fehlende Ressourcen an Bildungschancen verlieren oder keine ausreichende medizinische oder psychosoziale Versorgung bekommen.

Freizeitpädagogik, SWÖ, Kindergärten – Was sind die zentralen Lehren aus den jüngsten Streik- und



Protestbewegungen im Care-Bereich?

Wir haben gesehen, dass Kämpfe möglich sind. Die Kolleg*innen sehen oft keine andere Möglichkeit mehr, als auf die Straße oder in den Streik zu gehen. Aber wir wissen auch, dass als bloße Warnstreiks angelegte Aktionen nicht reichen. Es braucht Eskalationsstrategien und entschlossene Streiks, um die Verantwortlichen zu einer Ausfinanzierung des Bereiches zu zwingen. Durch Organisierung der Beschäftigten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften müssen wir diese zum Handeln zwingen. Und wir haben gesehen, dass die Solidarität mit den Beschäftigten sehr groß ist. Das ist eine doppelte Stärke, weil es die Menschen, die für eine Ausfinanzierung kämpfen, vervielfacht. Und wir müssen die Kämpfe weiter verbinden. Es ist großartig, wenn die Freizeitpädagog*innen gemeinsam mit den Elementarpädagog*innen auf die Straße gehen. Aber es braucht auch die Lehrkräfte und die Beschäftigten aus dem Gesundheits-, Pflege- und

dem Sozialbereich auf der Straße – als Beginn...

Was braucht es für einen umfassenden feministischen Streik am 8. März 2025?

Die gemeinsamen Betriebsversammlungen im öffentlichen Raum sind ein sehr guter Anfang. Es könnte sehr leicht gehen, wenn wir demokratische kämpferische Gewerkschaften hätten. Ohne die Gewerkschaften aus der Pflicht zu nehmen, müssen wir aber sehen, dass wir uns selbst organisieren werden müssen. Der Care-Bereich ist ein guter Anfang. Wenn wir es schaffen, in den nächsten Jahren immer mehr Betriebe auf die Straße zu bekommen, wird es auch gelingen, in einzelnen Betrieben am 8. März zu streiken. Für den Anfang ist das Wichtigste, den 8. März als gewerkschaftlichen Kampftag zu etablieren. Ab dem 9. März 2024 müssen wir für den 8. März 2025 mobilisieren. Z.B. bei Kämpfen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen.

ISA gegen Rechts auf der Straße

von Julia Hauzmayer

Rechtsruck und eine drohende Regierungsbeteiligung der FPÖ hat auch in Österreich – inspiriert von den Protesten in Deutschland – Zehntausende auf die Straße gebracht. Dort und bei den jährlich stattfindenden Demonstrationen gegen den Burschenbundball in Linz und den Wiener Akademikerball – ein Vernetzungstreffen der europäischen Rechtsextremen in der Hofburg – waren wir mit ISA & ROSA dabei.

Am 26.1. waren in Wien geschätzte 80.000 Menschen unter dem Motto „Demokratie verteidigen“ auf der Straße. Aus Gesprächen bei unserem Infostand ging hervor: Viele Teilnehmende finden, wie wir, dass es mehr braucht als nur eine moralische Verurteilung und eine Verteidigung des Status Quo. Denn wir sehen tagtäglich die Auswirkungen von rechter Politik und systematischem Rassismus – von allen etablierten Parteien. Deshalb stand auf unserem Flyer:

“Die Regierungsparteien in Deutschland und Österreich führen



*schon längst die Fantasien der Rechten aus. [...] Die Zunahme von Abschiebungen und Asylrechtsverschärfungen ist dramatisch. [...] Dieselbe Regierung unterstützt das blutige Massaker in Gaza und nutzt es, um Rassismus gegen muslimische Menschen und Migrant*innen zu schüren“.*

Die von den Organisator*innen unterstützten Repressionen gegen Menschen (vor allem Migrant*innen und People of Color), die ihre Solidarität für Palästina zeigten, macht die leere Symbolhaftigkeit sichtbar. Wir wollten bei diesen Demos eine Antwort auf die offene gebliebene Frage “Wie geht es jetzt

weiter?” geben und haben dazu aufgerufen, sich mit uns im Kampf gegen den Rechtsruck zu organisieren. Aber auch, gemeinsam eine Bewegung in Schulen, Universitäten und Betrieben für eine Alternative zum kapitalistischen System aufzubauen. Denn wie es ISA- & ROSA-Aktivistin Bianca in einer Rede auf den Punkt brachte:

*“Am Ende versuchen sie nichts anderes, als von unseren tatsächlichen Problemen abzulenken. Damit wird klar, dass der Rechtsruck, die Unterdrückung von queeren Personen, Frauen und Migrant*innen das klarste und deutlichste Symptom der Krise des Kapitalismus darstellt.“*

“Valentinstag”: Protest statt Blumen!

von Bianca Boros

Am 14.2., dem “Valentinstag”, veranstaltete ROSA Kundgebungen in Salzburg und Wien. Im Zentrum stand die Notwendigkeit zur Organisation gegen geschlechtsspezifische Gewalt und den rassistischen und sexistischen Rechtsruck. Der 14.2. wird jährlich dafür genutzt, mit Blumen oder Rabatten zu locken, während die eigentlichen gesellschaftlichen Probleme unangetastet bleiben. Das beginnt bei der Belästigung auf Dating-Apps und reicht bis zu patriarchalen Bildern von Weiblichkeit und toxischer Männlichkeit. Femizide, Partner-Gewalt und sexuelle Belästigungen werden als individuelle Probleme kleingeredet, anstatt sie als im System verwurzelt zu verstehen

und zu bekämpfen. Sie sind Teil der Krisen des Kapitalismus und wirken sich vor allem auf LGBTQIA+ Personen, migrantische Personen und Frauen aus: Das geht von der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz bis zur Diskriminierung von migrantischen Schüler*innen. Bei unseren Aktionen haben wir zur Organisation in Betrieben, Schulen, Unis und unter Nachbar*innen aufgerufen, um eine Bewegung von unten gegen diese Unterdrückungen aufzubauen. Einige Schüler*innen und Student*innen haben sich der Kundgebung angeschlossen und erklärten: “Wir haben es satt, morgens in der Zeitung von einem weiteren Femizid zu lesen”. Sie wollen sich mit uns gemeinsam für einen kämpferischen und sozialistisch-feministischen 8. März organisieren.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 320 | 03/2024

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



RECHTSRUCK? WIDERSTAND!

Für das Superwahljahr 2024 wird global ein Rechtsruck vorausgesagt. In neun EU-Ländern, darunter Österreich, stehen rechtspopulistische und -extreme Parteien wie die FPÖ auf Platz 1 in Umfragen. In den USA droht die Rückkehr des stark radikalisierten Trump. In Russland dienen die Wahlen sowieso nur mehr der Festigung von Putins Regime. In Deutschland hält sich die AfD konstant über 20% und wird voraussichtlich bei den Landtagswahlen in einer Reihe von Bundesländern stärkste Kraft.

Gleichzeitig driftet die gesamte etablierte politische Landschaft nach rechts. Vor allem die klassischen bürgerlich-konservativen Parteien - von den US-Republikanern über die britischen Tories und die deutsche CDU bis zur ÖVP - übernehmen nun offen die Rhetorik und Programmatik der Rechten. Das zeigt sich anschaulich

im "Österreich-Plan" von Kanzler Nehammer, der den Kulturkampf der FPÖ komplett kopiert.

Aber auch (ehemals) "linke" politische Kräfte richten ihre Fahnen nach dem rechten Wind. Während zurecht große Empörung über die Pläne zur "Remigration" auf dem faschistischen Treffen von Potsdam herrscht, konnte der deutsche Kanzler Scholz (SPD!) nur kurz davor auf dem Cover des Spiegel verkünden: "Wir müssen im großen Stil abschieben". Auch SPÖ-Chef Babler, von dem sich viele einen konsequenten Antirassismus erhofften, steht offen zu "Verfahrenszentren" an den EU-Außengrenzen und akzeptierte den Ausschluss von SPÖ-Mitgliedern, die sich für die Rechte von Palästinenser*innen einsetzen. Gerade der Gaza-Krieg diente vielen Liberalen, wie NEOS und Grünen, dazu,

ihr dünnes antirassistisches Jäckchen abzustreifen, im Namen "westlicher Werte" die Reihen bis zur FPÖ zu schließen und in die verallgemeinerte Propaganda gegen Migrant*innen und Muslime einzustimmen. Die achso-fortschrittliche EU lässt jeden Tag Geflüchtete an ihren Außengrenzen sterben und rollt damit den Rechts-extremen den Teppich aus. Nichts könnte das besser illustrieren als die Kandidatur des früheren Frontex-Chefs auf der Liste der französischen Rechtsextremen Le Pen.

Woher kommt dieser Rechtsruck - und was können wir ihm entgegenzusetzen? Damit beschäftigt sich dieser Vorwärts-Schwerpunkt.

Schwerpunkt erstellt von Sebastian Kugler und Christoph Glaninger

Wer vom Rechtsruck spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen

Liest man die gängigen Analysen zum Rechtsruck, bekommt man einfache Antworten: Die Menschen seien dumm, die Welt sei ihnen zu kompliziert – oder die Gruppen, gegen die sich der Hass richtet, seien selbst Schuld, weil sie diese Reaktion provoziert hätten. Dadurch werden die systemischen Wurzeln der aktuellen Entwicklungen – und Antworten darauf – verdeckt.

Krise des Kapitalismus als wirtschaftlicher Hintergrund

Die tiefe Krise, in der sich der Weltkapitalismus seit der Krise von 2008 befindet, bildet die Grundlage für die Verschiebungen in der Politik. Die Ära der neoliberalen Globalisierung ist zu Ende. Sie war gekennzeichnet durch eine Intensivierung des Welthandels und drückte sich durch internationale Freihandelsabkommen aus, mit denen nationale Märkte für internationale Konzerne auf Kosten der Arbeiter*innenklasse (durch Sozialabbau, Privatisierungen usw.) geöffnet wurden. Der Nationalstaat verlor an Bedeutung, stattdessen entstanden größere Machtblöcke wie die EU. Damit einher ging die Dominanz des globalen Finanzsektors, dessen Kollaps 2008 auch die Kehrtwende einläutete und Millionen Arbeiter*innen weltweit in Armut stürzte. Seither sehen wir einen Trend zur “Deglobalisierung”. Ohne wirkliches Wirtschaftswachstum und angesichts der Entzauberung der internationalen Finanzmärkte setzte in Wirtschaft und Politik ein Umdenken ein: Nun galt es, vor allem den eigenen “Wirtschaftsstandort” zu verteidigen – und der Nationalstaat erlebte als Instrument dafür ein Comeback. An die Stelle des Freihandels trat nun der Handelskrieg, wie Trump ihn gegen China anzettelte. Sein Slogan “America First” drückt den neuen kapitalistischen Zeitgeist aus und wird nicht zufällig überall auf der Welt kopiert: Brazil first, Russia first, China first usw. Bei Handelskriegen bleibt es nicht – im Ukrainekrieg und dem Säbelrasseln um Taiwan äußert sich die

imperialistische Konkurrenz bereits militärisch.

Die fortwährenden Krisen stellen die Grundlage für den Aufstieg des Rechtspopulismus dar. Er kann an der Wut über Unsicherheit, Krisen und soziale Verschlechterungen ansetzen, die Dauerkrisen einer scheinbar heilen Vergangenheit gegenüber stellen und dabei Feminismus, Migration und Co. die Schuld geben.

Krise des Establishments als politischer Hintergrund

Auf der politischen Ebene bereitete die etablierte Politik selbst den Boden für den Rechtsruck. Rechte Politik wurde in den letzten Jahrzehnten im liberalen oder sozialdemokratischen Mäntelchen normalisiert – der Abbau des Sozialstaats, genauso wie die Aushöhlung des Asylrechts, wurde in den 1990ern von der SPÖ vorangetrieben. Gleichzeitig schuf der alltägliche rechtsstaatliche Rassismus – kein Wahlrecht, Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt usw. – erst jene verarmten und entrechteten migrantischen Bevölkerungsschichten, die das bevorzugte Ziel rechter Hetze sind.

Andererseits haben Teile des politischen Establishments in den letzten Jahrzehnten fortschrittliche Ideen vereinnahmt. Doch die verschiedenen Formen des bürgerlichen Feminismus haben dabei versagt, die materielle Situation von Frauen und queeren Personen substantiell zu verbessern; der staatstragende Antirassismus hatte höchstens schöne Worte übrig, aber nicht gleiche Rechte und Investitionen

in Jobs und Wohnungen für alle, die hier leben und leben wollen; die Klimakrise wurde nur mit hohlen Phrasen bekämpft, während man ihre Kosten auf die breite Bevölkerung statt auf die Profiteure von Umweltzerstörung ablad. Das alles erleichterte den Rechten ihre verlogene Darstellung von diesen zentralen Kämpfen für unsere Klasse als Eliten-Themen. Das politische und mediale Establishment zieht nach, indem sie nun auch offen antifeministisch und ausländerfeindlich auftreten. Eine wichtige Lehre ist also, dass unsere Kämpfe gegen Sexismus, Rassismus und für Klimagerechtigkeit kein Vertrauen in dieses Establishment haben dürfen.

Rechte Pseudo-Antworten

Die Rechten machen diffuse Versprechungen von einem Systemwandel – obwohl sie gleichzeitig die größten Verteidiger des Profitsystems sind (z.B. spricht sich die FPÖ gegen Vermögenssteuern aus). Deswegen richten sie ihre Propaganda gegen “die Politiker”,



aber nicht gegen die Bosse. Deswegen beschwören sie die Illusion eines abgeschotteten nationalen Kapitalismus ohne Krisen. Damit sprechen die Rechten vor allem kleinbürgerliche Mittelschichten an – jene, die sich sowohl von oben (von der Politik oder großen Konzernen) als auch von unten (von rebellischen Arbeiter*innen, Arbeitslosen, Flüchtlingen etc.) bedroht fühlen.

Breiteren Schichten der Arbeiter*innenklasse soll diese Politik schmackhaft gemacht werden, indem ihnen vermittelt wird, auch sie wären in derselben Position. Deswegen propagieren die Rechten die angeblich gemeinsamen Interessen von Unternehmer*innen und Beschäftigten und wettern gegen den “Klassenkampf”. Gerade wegen mangelnder gewerkschaftlicher und politischer Kampftraditionen und angesichts fehlender Erfahrungen mit erfolgreichen Arbeitskämpfen trifft diese Ideologie auch unter Arbeiter*innen auf fruchtbaren Boden. Wer nicht das Vertrauen hat, durch betriebliche und politische Organisation für die eigenen Interessen kämpfen zu können, kann sich Verbesserungen nur auf zwei Wegen erhoffen: nach oben buckeln und nach unten treten.

Deswegen führen die Rechten auch Kulturkämpfe, in denen sie jenen, die ohnehin schon unten sind, einreden, sie hätten ganz anderes zu verlieren: ihre Männlichkeit, ihre kulturelle Identität, ihre “traditionellen Werte” usw. würden von Transpersonen, Flüchtlingen oder Klimaaktivist*innen gefährdet werden. In der Hetze gegen diese



Gruppen und ihre Anliegen bieten die Rechten die Möglichkeit, doch noch nach unten zu treten und gleichzeitig einen Pseudo-Protest gegen die (angeblich linken) Eliten auszudrücken – ohne dass sich an deren Macht oder der eigenen Ohnmacht etwas ändern würde.

Widersprüche des Rechtsrucks

In der kapitalistischen Dauerkrise überschneiden sich die wirtschafts-politischen Interessen des Kapitals immer mehr mit zentralen Angelpunkten rechter Ideologie – autoritärer Staat, Kürzungspolitik, Ablenkung durch Rassismus und Queerfeindlichkeit. Gleichzeitig gibt es (noch) einen wichtigen Widerspruch zwischen den bürgerlichen Parteien, die die Interessen der großen Kapitalfraktionen vertreten, und den meisten ganz Rechten: FPÖ & Co haben sich als pseudo-soziale Opposition aufgebaut. Die EU-Feindlichkeit der FPÖ macht sie z.B. für Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung zu einem Problem – denn die wichtigsten Verbindungen der österreichischen Konzerne liegen im “Westen”.

Die Widersprüchlichkeit spitzt sich zu, wenn der Rechtspopulismus in die Regierung kommt – in der Praxis setzt er die aggressivste kapitalistische Politik auch gegen die eigene Basis, bereichert sich selbst (Stichwort Ibiza) und muss durch noch intensivere Hetze davon ablenken. Gleichzeitig zwingen genau die rechten Angriffe immer mehr Menschen in Opposition zu ihnen: vor allem in den Schichten, die direkt angegriffen werden – Migrant*innen, Frauen und queere Personen, Arbeitslose und kämpferische Gewerkschafter*innen, aber auch unter breiteren Schichten der Arbeiter*innenklasse (z.B. rund um den 12-Stundentag) wächst dann das Bewusstsein um die Notwendigkeit, Widerstand zu leisten. Diesen Widerstand zu organisieren und mit einer programmatischen Perspektive auszustatten, die das Problem (den Rechtsruck) an seiner Wurzel (dem Kapitalismus) packt – darin besteht die dringlichste Aufgabe unserer Zeit.



Marx Aktuell: Kritik der „Volksfront“

“Alle zusammen gegen Rechts” – dieser Anspruch klingt zunächst absolut logisch. Geht es nicht darum, alle, die z.B. gegen die FPÖ sind, unter einen Hut zu bringen? Eine wichtige Lehre ist hier die der “Volksfront”: Darunter verstand man vor allem in den 1930er Jahren das Bündnis sozialistischer bzw. kommunistischer Arbeiter*innen-Organisationen mit bürgerlichen “Parteien der Mitte” gegen den Faschismus. Die Volksfront scheiterte katastrophal: Als in Spanien 1936 der Putsch des faschistischen Generals Franco einen Bürger*innenkrieg vom Zaun brach, merkten die Massen schnell, dass man die Faschist*innen nur effektiv bekämpfen konnte, indem man ihnen den kapitalistischen Nährboden entzog: So wurden Betriebe und Ländereien enteignet und gemeinschaftlich verwaltet. Doch das oberste Ziel der bürgerlichen “Republikaner” war nicht der Kampf gegen Rechts, sondern die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems. Die Arbeiter*innenorganisationen ordneten sich komplett den Bürgerlichen unter, die Stalin-treue Kommunistische Partei gab das Land den Großgrundbesitzer*innen zurück und ließ antifaschistische Revolutionär*innen im Namen der Volksfront ermorden. Das brach nicht nur der Revolution, sondern auch dem Kampf gegen Franco das Genick. Die Bürgerlichen zogen die Niederlage gegen den Faschismus der sozialen Revolution vor. Die Lehre daraus ist, dass pro-kapitalistische Kräfte im Zweifel immer den Kampf gegen Rechts verraten, um ihr eigenes System nicht zu gefährden.

Aber sind dann breite Bewegungen gegen Rechts nicht unmöglich? Keineswegs. Um gegen Rechts zu kämpfen, muss man nicht Marxist*in sein – aber man kann nicht kapitalistische Interessen über die Notwendigkeiten dieses Kampfes stellen. Das tun aber die Führungen aller etablierten Parteien – auch SPÖ und Grüne, die damit den Rechten den Boden bereiten. Was von Marxist*innen historisch als “Einheitsfront” bezeichnet wurde, meint dagegen eine echte Breite: Eine gemeinsame Bewegung für die Interessen derer, die unterschiedlich von rechter und unsozialer Politik betroffen sind – Beschäftigte, Frauen, Migrant*innen, queere Menschen u.a. – ist die beste Waffe gegen Rechts.



Eine sozialistische Alternative zum Rechtsruck

Der Eindruck eines allgemeinen Rechtsrucks trägt – tatsächlich sehen wir eine Polarisierung: Dem Erstarken der Rechten steht auch ein Anstieg an sozialen Bewegungen gegenüber.

Vor wenigen Jahren war “Streik” für viele in Österreich ein Fremdwort – nun gibt es jedes Jahr Streiks, bei denen Zehntausende ihre ersten Erfahrungen im Kampf um die eigenen Interessen machen. Dabei sehen sie auch, auf wessen Seite die Rechten in diesen Kämpfen stehen. Vor allem in Sektoren, welche die kapitalistische Vielfachkrise am stärksten spüren, also z.B. im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich, drückt sich das steigende Selbstbewusstsein in Basisinitiativen und immer mehr kämpferischen Betriebsrät*innen aus. Bis vor kurzem sprach fast niemand über Femizide – nun ist Gewalt gegen Frauen aufgrund einer neuen feministischen Welle ein breites gesellschaftliches Thema. Dazu kommt die massive Politisierung der LGBTQI+-Community – durch die Angriffe von Rechts wächst das Bedürfnis, aktiv für die eigenen Rechte einzustehen. So werden die radikalen Wurzeln der “Prides” und des 8. März wiederentdeckt. Außerdem sahen wir in letzter Zeit nicht nur die Massendemonstration tausender migrantischer Jugendlicher im Zuge von “Black Lives Matter” gegen Polizeigewalt – auch die Bewegungen zur Unterstützung der “Frau-Leben-Freiheit”-Bewegung im Iran und gegen das Massaker in Gaza werden von Migrant*innen geführt, die damit auch gegen den Rassismus hierzulande kämpfen.

Diese Entwicklungen zeigen zwar eine Politisierung nach links, aber diese äußert sich erst begrenzt in langfristigen Bewegungen oder im Aufbau von Organisationen.

Kampf gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung

Die Stärke der Rechten ist die Schwäche der Linken, diese Prozesse zusammenzuführen und zu organisieren. Die anfängliche Begeisterung für Babler und die lokalen Erfolge der KPÖ haben eine Idee von dem Potential konsequenter linker Politik gegeben – gleichzeitig zeigen sich hier entscheidende Schwächen ihrer reformistischen Strategien: Babler schreckt vor den Konsequenzen seines eigenen Programms zurück, denn dieses ließe sich nur durch die Konfrontation mit Bossen & Bürgerlichen durch Massenmobilisierungen und politische Streiks durchsetzen. Stattdessen setzt er auf Versöhnung mit den rechtesten Teilen der SPÖ wie Doskozil, der mit der FPÖ koalieren will.

Die KPÖ präsentiert sich immer mehr als Single-Issue-Partei zum Thema Wohnen und vermeidet vor allem das “heikle” Thema Migration – im Wahlprogramm des “Modellbeispiels” KPÖ Salzburg fehlt jegliche antirassistische Forderung, Antifaschismus kommt nur als Denkmalpflege vor. Es ist ein fataler Irrglaube, zu glauben, man könne die FPÖ dadurch zurückdrängen, indem man einfach ein besseres allgemeines Sozialprogramm aufstellt und zu Fragen von Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie usw. schweigt. Die Rechten trennen nicht zwischen

“sozialen” und “kulturellen” Fragen, sie führen den Klassenkampf von oben auch als Kulturkampf – deswegen muss der Widerstand von unten auch einer gegen jegliche Form von spezifischer Unterdrückung sein.

Eine Stärkung von Babler und KPÖ auf der Wahlebene ist darum bei Weitem nicht genug, um den Rechtsruck aufzuhalten. Ihre Botschaft “Wählt uns, wir machen das schon für euch” ist ein Problem, weil eine solche Stellvertreterpolitik die Notwendigkeit von Selbstorganisation und Mobilisierung in Betrieben, Bildungseinrichtungen, Nachbarschaften und auf den Straßen leugnet. Genau das ist jedoch notwendig, um die vorhandenen Kämpfe zusammenzuführen und zu stärken sowie Strukturen und Organisationen aufzubauen, die konsequent für das kämpfen, was notwendig ist: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich; Milliarden für Bildung, Wohnen, Gesundheit und Soziales statt für Aufrüstung und Geschenke an Superreiche, Banken und Konzerne; Bleiberecht und gleiche Rechte für alle, die hier leben und leben wollen; demokratische Kontrolle über die Polizei; legale, kostenlose Schwangerschaftsabbrüche und geschlechtsangleichende Behandlungen sowie gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Enteignung der Profiteure von Teuerung und Klimazerstörung und echte Demokratie in Arbeit und Alltag – das sind nur einige Eckpunkte einer revolutionären sozialistischen Alternative zum kapitalistischen Chaos, die wir den Pseudo-Antworten der Rechten entgegenzusetzen müssen.

Öffistreik = Klimastreik

von Jan Millonig

„Wir sind stolz auf euch, dass ihr eure Arbeitsbedingungen vertretet und stehen bleibt! Auch wir sind froh, dass wir jetzt endlich die Klimabewegung auf unserer Seite haben.“

So begrüßt eine Postbus-Betriebsrätin von der Initiative #wirfahren-gemeinsam.at die deutsche Vorbildkampagne #wirfahrenzusammen. Das Bündnis zwischen „Fridays for Future“ und der deutsche Gewerkschaft ver.di anlässlich der Tarifverhandlungen [Kollektivverträge] im Nahverkehr ist tatsächlich eine erfreuliche und längst überfällige Entwicklung.

Zu Redaktionsschluss stand der gemeinsame Klimastreik am 1. März noch vor uns. Doch bereits Anfang Februar fanden erste Aktionen dieser Art in Deutschland statt. Der Bereich umfasst rund 90.000 Beschäftigte, doch bräuchte bis 2030 doppelt so viele, um die (ohnehin zu niedrigen) Klimaziele zu erreichen. „Fridays for Future“ hat erkannt, dass das nur mit besseren Arbeitsbedingungen geht. Denn auch dieser Bereich leidet unter massivem Personalmangel. Sie verlangen 100 Milliarden Euro für den öffentlichen Verkehr und fordern damit die Ampel-Regierung heraus.

Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!

Die Kampagne zeigt aber auch etwas Grundlegendes auf: Wir müssen als Arbeiter*innen selbst für Veränderung kämpfen und haben mit echten Streiks, also Arbeitsniederlegungen, ein wirksames Druckmittel dafür. So ist es auch kein Zufall, dass dieser Schulterschluss in Deutschland seinen Ursprung genommen hat, wo wir in den letzten Jahren mehrere große Streikwellen in der Pflege, bei Erzieher*innen und im öffentlichen Verkehr sahen. Bei Treffen der Initiative sprechen deshalb auch Aktivist*innen von ebendiesen Kämpfen, um ihre Erfahrungen zu teilen.



Dabei werden „instinktiv“ die Kämpfe zur Rettung des Planeten, gegen den Rechtsruck und für Soziales verbunden. So heißt es in einem Video z.B.: „Wir brauchen eine Klimabewegung, die die Sorgen am Ende des Monats mit den Sorgen um das Ende der Welt verbindet.“

Wenn Klimaaktivist*innen, Busfahrer*innen, Pfleger*innen und Antifaschist*innen gemeinsam „Wir halten zusammen!“ in die Kamera rufen, dann ist das nichts anderes als ein grundlegendes Klassenbewusstsein, also die Erkenntnis, dass wir – die arbeitende Mehrheit – ein gemeinsames Interesse an guten Lebensbedingungen haben und dieses gemeinsam gegen die Herrschenden durchsetzen müssen.

Die Forderungen bleiben jedoch immer noch recht vage. So könnte z.B. eine klare Forderung nach „gratis Öffis für alle“ die Logik des Profitsystems herausfordern. Denn was der Klimabewegung noch fehlt, ist eine klare Ansage was der „System Change“ bedeuten würde und müsste. Denn Profitinteressen, „freier Markt“ und Expansionsdruck – kurz Kapitalismus – stehen

grundsätzlich im Widerspruch zur notwendigen Planung der Ressourcen und des Verkehrs zum Wohle aller.

Klimastreiks auch in Österreich organisieren!

Auch in Österreich haben sich die Gewerkschaft vida, „System Change Not Climate Change“ und „Fridays for Future“ im Bündnis #wirfahren-gemeinsam.at zusammengefunden. Doch aufgrund der zersplitterten Kollektivverträge in Österreich – eine Situation, die sich die Gewerkschaften leider selbst eingebrockt haben – hat diese einen weniger umfassenden Charakter und beschränkt sich zurzeit auf private Busunternehmen; obwohl dieselbe Gewerkschaft auch für die Eisenbahner*innen zuständig ist, wo es bereits beim Bahnstreik 2022 Solidaritätsaktionen von „Fridays for Future“ gegeben hat. Doch genau in diese Richtung sollten wir auch in Österreich hin zu den nächsten KV-Verhandlungen im Herbst arbeiten. Damit auch hierzulande bald Tausende streikende Beschäftigte die Klimademos mit roten Fahnen schmücken.

#boymath: Männer in der Krise

von Christoph Glaninger

Am 23.2. wurden innerhalb von 24 Stunden 5 Frauen durch Männergewalt ermordet – insgesamt sind 84% aller Tatverdächtigen bei Morden an Frauen Männer. Anfang des Jahres zeigte eine Studie der “Financial Times“ eine Kluft zwischen Männern und Frauen in der Gen Z in verschiedensten Ländern – die Tendenz: Junge Männer gehen nach rechts, junge Frauen nach links. Das Gleiche zeigt sich auch bei Phänomenen wie dem TikToker Andrew Tate oder bei Wahlen. Aber es gibt eine wachsende Schicht von Männern, die daraus ausbrechen wollen und ihr Verhalten und ihre Sozialisierung hinterfragen. Bücher, die eine feministische Auseinandersetzung mit der eigenen Männlichkeit liefern, werden neu entdeckt – z.B. die neue deutsche Übersetzung von bell hooks’ “Männer, Männlichkeit und die Liebe”. Das alles zeigt die Notwendigkeit einer sozialistisch feministischen Auseinandersetzung mit Männlichkeit und was diese für unseren Kampf gegen jede Unterdrückung bedeutet.

Männlichkeit im Kapitalismus

Die Gewalt und ein gewisser Rechtsruck unter Männern hängen mit dem dominierenden Männerbild zusammen. Hier macht bell hooks viele wichtige Punkte und arbeitet heraus, wie Männern von Kindheit an durch Familie, Gesellschaft und Medien beigebracht wird, Stärke zu zeigen, keine anderen Emotionen außer Wut zuzulassen und wie sich das in Gewalt entlädt.

Dabei ist es auch wichtig zu betonen, dass dieses Männerbild nicht klassenneutral, sondern ein bürgerlich-kapitalistisches Ideal ist. Es ist das Ideal von einem männlichen Versorger, der wirtschaftlichen Erfolg hat und alleine die Familie ernähren kann. Auch heute sieht man bei Andrew Tate und seinen Sportwagen wie eng die Propaganda von Männlichkeit mit kapitalistischer Propaganda von Erfolg, Reichtum,



Konkurrenz verbunden ist. Für die meisten Männer aus der Arbeiter*innenklasse (und vor allem für die nicht weißen Teile) war dieses Ideal aber nie realistisch, weil sowohl Männer und Frauen arbeiten mussten und dort brutaler Ausbeutung ausgesetzt waren.

Gleichzeitig haben Frauen und Queere Personen in den letzten Jahrzehnten durch die feministische Bewegung, durch eine größere Beteiligung am Arbeitsmarkt und höhere Bildungsabschlüsse an Selbstvertrauen gewonnen und lassen sich dieses sexistische System immer weniger gefallen. Sie werden dadurch aber auch als Konkurrent*innen am Arbeitsmarkt wahrgenommen (obwohl Gender Pay Gap und Co. zeigen, dass es bei weitem keine gleichen Chancen gibt). In diesem Widerspruch führt die kapitalistische Krise zu einer Krise der Männlichkeit. Männer merken, dass sie das Ideal männlicher Rollenbilder nicht erfüllen können und eben nicht der Boss in ihrem eigenen Leben sind. Dieser Widerspruch entlädt sich in Frustration, Depression oder sogar Gewalt gegen andere oder sich selbst. Es ist kein Zufall, dass in Zeiten kapitalistischer Krisen Femizide und Gewalt ansteigen. Gleichzeitig bauen Andrew Tate, FPÖ und Co. genau darauf auf und verstärken diesen Trend auch noch mit ihrer reaktionären Ideologie.

Männer und Feminismus

Männer haben in diesem Sinn eine große Verantwortung im Kampf gegen männliche Gewalt und tatsächlich, im Gegensatz zur Propaganda der Rechten, durch feministische Politik auch selbst viel zu gewinnen. bell hooks beschreibt, wie wichtig es für die persönliche Entwicklung von Männern sein kann, toxische männliche Sozialisierung zu überwinden, sich emotional zu öffnen und echte Verantwortung für die eigenen Gefühle und Menschen im eigenen Umfeld zu übernehmen. Und das Interesse von Männern an der feministischen Bewegung geht noch deutlich weiter: Es ist dasselbe sexistische System, das zu der Epidemie von Femiziden führt, das Männer zu Tätern macht, immer mehr Menschen in die Armut stürzt und unseren Planeten zerstört. Ein gemeinsamer Kampf für Systemveränderung – auf den bell hooks leider nicht wirklich einget – benötigt den Kampf gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit innerhalb der Arbeiter*innenklasse. Dabei ist es auch die Aufgabe von männlichen Sozialisten, Gewerkschaftern und Aktivisten, die Auswirkungen unserer Sozialisierung zu hinterfragen – im Interesse unseres Umfeldes, im Interesse von uns selbst – aber vor allem, um den Kampf gegen dieses unterdrückende und ausbeuterische System gemeinsam aufzubauen.

Israel/Palästina: Proteste gegen den Krieg auf beiden Seiten des Zauns

von Jan Millonig

Der Krieg der israelischen Regierung gegen die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen nimmt kein Ende. Nachdem sie 1,5 Millionen Menschen nach Rafah im Süden buchstäblich in die Ecke getrieben haben, droht, trotz internationalem Druck, ein Angriff, der weitere tausende Menschenleben kosten wird. In westlichen Medien wird der Konflikt als "Israel gegen Palästina" dargestellt – dabei wird nicht nur die jahrzehntelange Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung ignoriert, sondern auch unterschiedliche Stimmen auf beiden Seiten des Zaunes.

Widerstand gegen die Netanjahu-Regierung

Schon seit einigen Wochen tun sich innerhalb Israels immer mehr Bruchlinien gegen die "nationale Einheit" auf. Regelmäßig finden Demonstrationen für die Freilassung von Geiseln und gegen Netanjahu statt. Mitte Jänner hat der Gewerkschaftsbund „Histadrut“ zu einem "100-Minuten-Streik" aufgerufen, um die Regierung zu einem Gefangenenaustausch zu bewegen. Obwohl diese Proteste zeigen, dass die Kriegsführung offensichtlich nicht im Interesse der Geiseln oder der israelischen Bevölkerung ist, bleiben sie noch größtenteils nationalistisch: sie ignorieren die Situation der palästinensischen Bevölkerung oder unterstützen sogar das Massaker. Der Histadrut-Vorsitzende signiert z.B. für die Ermordung der palästinensischen Zivilbevölkerung bestimmte Bomben – ein widerlicher Verrat an der internationalen Arbeiter*innenbewegung. Das Netanjahu-Regime wiederum zeigt durch Angriffe mit berittenen Einheiten und Wasserwerfern auf Proteste, wie wenig es die Bevölkerung repräsentiert.

Trotz noch härterer Repression und Verböten entwickeln sich aber neben den nationalistisch geprägten Demonstrationen auch erste Proteste von Jüd*innen und Palästinenser*innen, die nicht nur einen Gefangenenaustausch, sondern auch ein Ende von Krieg und Besetzung fordern. Sie sind ein wichtiger Ansatzpunkt für Widerstand gegen diesen Krieg innerhalb Israels.

Widerstand gegen Hamis und Besetzung

Mit der Intensivierung des Massakers und der Vertreibung wenden sich auch immer mehr Palästinenser*innen von ihrer historischen Führung, der Palästinensischen Autonomiebehörde, ab. Sie wird von immer mehr Menschen gerechtfertigterweise als Agent des israelischen Regimes betrachtet. Leider profitiert davon aktuell unter dem Eindruck des brutalen Massakers in Gaza und der intensivierten Unterdrückung im Westjordanland vor allem die reaktionäre Hamis. Aber auch hier gibt es Brüche: Es gibt Berichte über Proteste im Gaza-Streifen, bei denen die Menschen „Nieder mit der Hamis!“ rufen, mehr Hilfe und einen Waffenstillstand fordern. Die Hamis antwortete mit Waffengewalt. Tatsächlich kann und will die Hamis – deren Führer teilweise im Exil im Luxus leben – keinen Weg für ein Ende der nationalen Unterdrückung und schon gar nicht für eine echte Befreiung jenseits von Ausbeutung, Armut und reaktionärer Ideologie aufzeigen.

Für einen Waffenstillstand und „Alle für Alle“-Deal!

Die Schwesterorganisation der ISA in Israel/Palästina „Bewegung

Sozialistischer Kampf“ setzt sich für einen dauerhaften Waffenstillstand, einen Austausch aller Geiseln gegen alle palästinensischen Häftlinge und für ein Ende von Besetzung und Krieg ein. Die Aktivist*innen unterstützen Proteste auf israelischer Seite gegen Krieg und Besetzung. Ein dauerhafter Frieden und vor allem ein Ende von Besetzung, Unterdrückung und Armut in der gesamten Region wird nur möglich sein, wenn Bewegungen auf beiden Seiten des Zaunes eine Bewegung gegen das israelische Besatzungsregime aufbauen. Dafür ist es notwendig, dass sich die Proteste in Israel vom toxischen Nationalismus lösen und nicht nur für einen Gefangenen-Deal kämpfen, sondern für ein Ende der gesamten Besetzung, Vertreibung und Unterdrückung in Gaza und dem Westjordanland. Auf palästinensischer Seite braucht es dafür eine Bewegung von unten. Das bedeutet auch den Widerstand gegen die Hamis und den Aufbau von einer Alternative zu ihr, ihrer reaktionären Ideologie und ihren Methoden. Der Würdestreik 2021, aber auch die erste Intifada sind Beispiele für solche Massenbewegungen. Nur so kann die Basis für echte Selbstbestimmung, Freiheit und Wohlstand für alle Arbeiter*innen, Unterdrückten und Armen in der Region gelegt werden.

ISA in Israel/Palästina:



socialism.org.il



[maavak.nidal](https://www.facebook.com/maavak.nidal)



[socialist_struggle](https://www.instagram.com/socialist_struggle)

Info



Deutschland: #15vor12 – Streik gegen Rechtsruck

von **Angela Bankert**,
Sozialistische Alternative – SAV
(ISA in Deutschland) in Köln

Seit den großen Kundgebungen gegen die AfD fragen sich viele, wie es weitergehen soll. Es ist klar, dass Demonstrationen nicht ausreichen und ein organisiertes und politisches Vorgehen gegen Rassismus und Faschismus nötig ist. Ein vorwärts weisender Vorschlag kommt vom Bündnis „Köln stellt sich quer“ (KSSQ), das am 21. Januar eine Demonstration mit 70.000 Teilnehmenden organisiert hatte und dort zu einem 15minütigen Generalstreik am internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März aufrief.

Im Aufruf heißt es u.a.: „Wir wollen, dass an Arbeits- und Ausbildungsplätzen eine Viertelstunde über Rassismus und die menschenverachtenden Deportationspläne der AfD diskutiert wird, dass überlegt wird, wie gemeinsames Eintreten für Menschenrechte und Menschenwürde tatsächlich aussehen kann – gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Homophobie und Transfeindlichkeit.“

Im Bündnis „Köln stellt sich quer“ arbeiten Vertreter*innen verschiedener Parteien und Organisationen zusammen, unter anderem SPD, Grüne, Linke, Kirchen, und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Köln, dessen Vorsitzender Witich Roßmann diesen Aufruf explizit unterstützt und erklärt, man werde „den Aktionsvorschlag jetzt in alle Gruppen einbringen“. Aus den Reihen der Kölner Gewerkschaften

„gibt es schon sehr positive Resonanz darauf. Mitmachen kann jeder, von der Schülervvertretung bis zu den Arbeitern in der Ford-Produktionshalle“, so Witich Roßmann.“ (Kölnische Rundschau 22.1.24). Die Kampagne #15vor12 verdient bundesweite Verbreitung und Ausweitung durch gewerkschaftlich Aktive und Antifaschist*innen.

Mit Tarifrunden [KV-Verhandlungen] verbinden

Wichtig ist, dass die Einzelgewerkschaften mitziehen. Besonders jene, die gerade in Tarifikämpfen unterwegs sind, könnten den 21. März für Streiks nutzen, z.B. ver.di [Gewerkschaft des privaten sowie öffentlichen Dienstleistungssektors] in der Tarifrunde Nahverkehr. Würde ver.di, gemeinsam mit den Aktiven von Fridays. GDL [Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer] und EVG [Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft] am 21. März den Nah- und Fernverkehr für 15 Minuten lahm legen, wäre das ein mächtiges Zeichen. Die Bildungsgewerkschaft GEW [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft] kann ihre Lehrkräfte auffordern, das Thema an dem Tag im Unterricht zu behandeln und am 21. März Veranstaltungen und Aktionen an Schulen zu organisieren. Parallel dazu sollte eine Vernetzung an Schulen und Uni erfolgen, um längere Streiks gegen Rassismus vorzubereiten. In mehreren Städten entstehen gerade neue antifaschistische Stadtteilgruppen, die Schüler*innen dabei unterstützen können.

Ein 15-minütiger politischer Streik würde deutlich machen, wer das Land am Laufen hält und wer es still stehen lassen kann, sollte die AfD auch nur einen Zipfel staatlicher Macht ergattern. Als reaktionäre Generäle 1920 die Regierung stürzten und eine Diktatur errichten wollten (sog. „Kapp-Putsch“), rief der ADGB [Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund] zum Generalstreik auf, und der Putschversuch war binnen weniger Tage erledigt. [...]

Durch einen Mini-Streik von einer Viertelstunde wird allerdings noch kein wirtschaftlicher Druck aufgebaut. Die bisherigen Auftritte von DGB-Vertreter*innen auf Kundgebungen und gemeinsame Erklärungen mit Konzernchefs (z.B. in Hamburg) lassen befürchten, dass eine Arbeitsniederlegung einvernehmlich mit den Arbeitgeber*innen organisiert werden könnte. Das würde die Aktion schwächen, es wäre keine unabhängige gewerkschaftliche Aktion. Noch sind die meisten Kapitalist*innen gegen die AfD, doch für Teile des Kapitals wird der Rechtspopulismus zu einer Option. Die Beschäftigten können sich nur auf sich selbst verlassen.

Aktive Gewerkschafter*innen sollten die Initiative von KSSQ nutzen, um jetzt mit der Vernetzung zu beginnen und Aktionen vorzubereiten, die über eine Viertelstunde hinausgehen und wirklichen Druck entfalten.

Der Artikel wurde leicht gekürzt, die Vollversion gibt es auf: sozialismus.info

USA: Amazons Union-Busting

von Celina Brandstötter

Amazon ist für seine extreme und systematische Ausbeutung von Arbeitskräften bei geringstem Lohn bekannt. Unter diesen Arbeitsbedingungen kamen sogar schon Arbeiter*innen des Konzerns um ihr Leben. Derzeit versuchen nun Amazon-Arbeiter*innen im US-Bundesstaat Kentucky sich für verbesserte Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich zu organisieren. In einem zentralen Luftversandzentrum rufen Arbeiter*innen seit letztem Jahr zum Gewerkschaftsbeitritt auf und organisierten einen Arbeitskampf. Angesichts des letzten Amazon-Quartalsgewinns von 10 Mrd. Dollar sind immer weniger Arbeiter*innen bereit, Amazons Ausbeutung weiterhin zu akzeptieren.

Die bei der Amazon Labor Union (ALU) organisierten Amazon-Arbeiter*innen fordern daher unter anderem eine Stundenlohnerhöhung auf 30 Dollar, kostenlose Kinderbetreuung am Arbeitsplatz, verstärkte Sicherheitsvorkehrungen und Überstundenvergütungen.



Ende letzten Jahres reagierte Amazon nun, da diese gewerkschaftliche Organisation an Fahrt gewinnt, plötzlich und startete eine systematische Antigewerkschaftskampagne, um möglichst viele Arbeiter*innen von der gewerkschaftlichen Organisation abzuhalten und führende Aktivist*innen einzuschüchtern.

„Union-Busting“ ist ein zentrales Mittel von Großkonzernen, Konzerngewinne möglichst hoch zu halten, indem Gewerkschaftsformierungen und Gewerkschaftsaktivitäten sabotiert werden. Insbesondere in den USA sind Arbeitsrechte abseits gewerkschaftlicher Strukturen stark geschwächt.

Neben der Organisierung der

Arbeiter*innen in Kentucky solidarierte sich die Kampagne ‘Workers Strike Back’ mit den bei Amazon stattfindenden Kämpfen. Sie wurde von unserer Schwesterorganisation in den USA (Socialist Alternative) gegründet, um Gewerkschafts- und Arbeitskämpfe unterstützen. Ihre landesweite Solidaritätskampagne konnte mehrere tausend Dollar für ihre politische Arbeit sammeln und dient dazu, weitere Strategien für diverse Gewerkschaftsbewegungen zu erarbeiten. Für uns steht außer Frage, dass sich auch Amazon und Co. mittelfristig gegen die Stärke solcher Bewegungen nicht wehren können!

workersstrikeback.org

UK: Lohnplus in Sonderschule erkämpft

von Katja Straka

In der staatlich finanzierten Sonderschule “Ash Field” haben die Assistenzbeschäftigten einen Arbeitskampf für höhere Löhne im November gewonnen. Die Löhne wurden sogar über ein Jahr rückwirkend erhöht. Laut Schätzungen bekamen die am schlechtesten bezahlten Kolleg*innen 18-25% mehr. Aktivist*innen der britischen Sektion der ISA, die dort arbeiten, haben ein Streikkomitee von 12-15 Mitglieder aufgestellt, das sich regelmäßig traf. Die Aufgaben dieses Streikkomitees waren, Entscheidungen zu treffen, Informationen an die Kolleg*innen zu verbreiten und Falschinformationen entgegen zu wirken, aber auch die Kolleg*innen durch rauere Zeiten dieses langen Streiks zu tragen und gemeinsam aus ihren Fehlern zu

lernen. Außerdem hatten sie die Aufgabe der Vernetzung mit weiteren Bereichen. So kamen viele lokale und nationale Gewerkschafter*innen, um die Streikposten zu unterstützen. Dies half unter anderem auch, die Vereinzelung der einzelnen Standorte zu durchbrechen. Es wurde eine Demo angesetzt, an der die gesamte Linke bei der Mobilisierung mithalf. Aber viel entscheidender war noch, dass sie zu einem Streik für den gesamten November aufgerufen hatten. Dies brachte den endgültigen Durchbruch bei den Verhandlungen mit sich, der eine signifikante und spürbare Verbesserung für die Kolleg*innen, die überwiegend Frauen mit Migrationshintergrund sind, darstellt.

socialistalternative.info



Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus: Faschismus

von Till Ruster

Die FPÖ setzt auf Rassismus, um, einmal an der Regierung, ihr sozialfeindliches Programm umzusetzen. Sie ist aus vielen Gründen radikaler und gefährlicher als andere Parteien in ihren Zielen und vor allem in ihren Methoden, aber noch im "Rahmen der Republik". Das ist wichtig zu verstehen, um sie richtig zu bekämpfen.

Wie war das damals?

1933 in Deutschland und 1934 in Österreich wurde mit der Machtübernahme der Nazis und der Austrofaschisten der "Rahmen der Republik" gesprengt. Hintergrund dafür waren Revolutionen (1918/19), Wirtschaftskrisen, eine stark organisierte Arbeiter*innenbewegung und eskalierende Klassenkämpfe. Die bürgerlichen Republiken erfüllten aus Sicht vieler Kapitalist*innen nicht mehr ihren Zweck: ihre Herrschaft zu organisieren und zu sichern. Das heißt nicht, dass damals sozialistische Revolutionen vor der Tür standen. Die Kapitalist*innen konnten sich im Rahmen der bürgerlichen Demokratie einfach nicht mehr gegen das Proletariat durchsetzen und sich immer weniger auf die "richtige" Politik in ihrem gemeinsamen Interesse verständigen. Die Organisationen der Arbeiter*innenklasse mussten mit Gewalt zerschlagen werden, um die in die Krise geratene Herrschaft des Kapitals zu sichern. Aber die Gewalt, die dafür notwendig war, sprengte eben den "Rahmen der Republik".

In einer Demokratie können auch

die unterschiedlichen Interessen verschiedener Kapitalfraktionen ausgetragen und versöhnt werden. Aber um die Herrschaft des Kapitals als Ganzes zu sichern, waren viele bereit, ihre Interessen zurückzustellen und sich hinter der stärksten Fraktion zu versammeln (in Deutschland z.B. die Schwerindustrie und das Bankenwesen).

In dieser historischen Situation schlug die Stunde der faschistischen Parteien. Diese gewannen ihre Massenbasis mit einer Mobilisierung vor allem unter dem Kleinbürger*innentum, also jenen Schichten von z.B. Handwerksbetrieben, die vom Kapitalismus zerrieben wurden, aber ihr betriebliches Eigentum auch von der Arbeiter*innenbewegung bedroht sahen. Faschistischer "Antikapitalismus" setzt auf ein "Zurück in die Vergangenheit", als die Industrialisierung noch nicht die alten Bande der Gesellschaft zerstört hatte. Das war weder realistisch, noch war es die Praxis des Faschismus an der Macht, der letztlich eine besonders aggressive Art von Kapitalismus war. Der "nationale Sozialismus" leugnet den Klassenwiderspruch im Kapitalismus - und muss deswegen seine Konsequenzen (Armut, Krisen, Arbeitslosigkeit usw.) auf einen äußeren Feind projizieren. Das ist die Rolle von Verschwörungsideologien wie dem Antisemitismus. Diese Ideologie wurde attraktiv für Hunderttausende, vor allem in dem Maße, in dem die Führung der Arbeiter*innenbewegung dabei versagte, einen revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise aufzuzeigen.

Gewalt gegen die Organisationen der Arbeiter*innenklasse und gegen

politische Gegner*innen ist ein zentrales Element des Faschismus, auch wenn er nicht an der Macht ist. Das machte den Faschismus so attraktiv für das Kapital, ebenso wie sein Wille zur kriegerischen Expansion. Die kleinbürgerliche Massenbasis verleiht dem Faschismus an der Macht einerseits mehr Stabilität als andere Formen der Diktatur. Andererseits muss er sie permanent gegen innere und äußere Feinde aufhetzen, um den Wahn von der „Volksgemeinschaft“ aufrechtzuerhalten. Dies verleiht ihm eine Instabilität, die sich in den faschistischen Gewaltorgien ausdrückt. Bei diesen macht das Kapital zwar ebenfalls enorme Profite (wie die IG Farben in Auschwitz), aber es wird auf den Beifahrersitz des blutrünstigen Himmelfahrtskommandos verwiesen.

Wie ist das heute?

Faschistische Gewalt ist heute weiterhin extrem gefährlich. Die Situation für die Herrschenden ist aber längst nicht so krisenhaft, wie sie es in den 1920ern war. Dennoch: Die bürgerliche Demokratie ist heute wohl überall instabiler als sie noch vor 20 Jahren war. Deswegen setzen auch westliche Demokratien wieder stärker auf Repression, wie z.B. Macron gegen die Pensions-Proteste. Die Erfahrung des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs hat das Kapital aber vorsichtig gemacht, die Vorzüge der bürgerlichen Demokratie gegen die Instabilität einer solch brutalen Diktatur zu tauschen. In der aktuellen Krise versucht das Kapital, seine Herrschaft auf andere Arten zu stabilisieren. Vorerst.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 320 | 03/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

SOZIALISTISCHE

ALTERNATIVE GEGEN

RECHTSRUCK UND KRISE



AUS DEM INHALT

» Die Bewegung gegen die AfD in Deutschland organisiert **Streiks gegen Rechts – eine deutsche Sozialistin berichtet**

Seite 16

» **Klimabewegung und Gewerkschaftsbewegung** Hand in Hand im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen bei den Öffis

Seite 13

» Alles redet vom **Rechtsruck**. Wir analysieren, warum das politische Establishment nach Rechts geht – und wie wir dagegen kämpfen können

Schwerpunkt